



Wolfgang Streeck

Wolfgang Streeck, Sie haben vielfach analysiert, welche wachstumsfördernden Mittel seit 40 Jahren eingesetzt wurden. Hat sich deren Wirksamkeit erschöpft? Woher soll heute Wachstum kommen?

Vorhersagen sind schwierig, sagt Keynes, besonders solche über die Zukunft. Das Buch über die „Grenzen des Wachstums“ war gerade erschienen, als die mikroelektronische Revolution alle damaligen Konsum- und Produktionsgüter obsolet machte und einen weltweiten Nachfrageschub auslöste. Niemand kann einen neuen Technologiesprung und einen entsprechenden Wachstumsstoß à la Schumpeter oder Kondratieff mit Sicherheit ausschließen.

Allerdings würde auch das die Disparitäten in der EU nicht beseitigen. Nicht alle Länder und Regionen würden gleichermaßen wachsen. Eine aufholende Industrialisierung nach Art von Japan, Korea oder China ist in Spanien oder Griechenland oder Albanien nicht zu erwarten, schon gar nicht im Postfordismus

des beginnenden 21. Jahrhunderts. Wenn Strukturhilfen in den Gesellschaften der europäischen Peripherie etwas ausrichten könnten, müsste Palermo längst zu Mailand oder München aufgeschlossen haben. Dasselbe gilt für Wachstum durch neoliberale Deregulierung. „Entwicklung“ ist nicht nur ein ökonomisches Problem. Vormoderne, spätf feudale Sozialstrukturen sind gegen kapitalistische Modernisierung hoch resistent.

Würde Umverteilung nach unten, also die Keynes'sche Lösung, weiterhelfen? Wenn es gelänge, die Kaufkraft der Ärmeren zu erhöhen, national wie international, könnte die Nachfrage nach Gütern, wie sie im reichen Zentrum der EU erzeugt werden, rasch und stark zunehmen. Umverteilung allerdings erfordert politische Instrumente, die den langen Trend zu mehr Ungleichheit sowohl innerhalb der europäischen Länder als auch zwischen ihnen umkehren könnten. Ich sehe solche Instrumente nicht. Im Übrigen müsste eine Art von Wachstum, bei der die Zahl der Autos, Air-Conditioners, Rindersteaks und Flugreisen noch weiter zunehmen würde, sehr rasch an die ökologischen Grenzen der Verallgemeinerbarkeit des gegenwärtigen Lebensstils der reichen kapitalistischen Gesellschaften stoßen.

Seit dem Ende der 1990er Jahre hat man die wachstumshemmenden Folgen sozialer Ungleichheit durch Ausweitung der Verschuldungsmöglichkeiten zuerst der Staaten, dann der privaten Haushalte zu bekämpfen versucht. Das Ergebnis waren spekulative Blasen und die Finanz- und Fiskalkrise von 2008, die längst nicht überwunden ist. Die gebotene Reaktion auf den Crash wäre eine restriktive Regulierung der Finanzmärkte gewesen, die deren Möglichkeiten zur Geld- und Kreditschöpfung radikal beschnitten hätte. Dass dies ausgeblieben ist, hat nicht nur mit der Abhängigkeit der Regierungen der USA und Großbritanniens von ihren überdimensionierten „Finanzplätzen“ zu tun. Dahinter steht auch die Befürchtung, dass Wachstum ohne Gelddoping vielleicht nicht mehr möglich ist (Dahrendorfs „Pumpkapitalismus“). Dann wäre es, wie im Frühkapitalismus, nur noch um den Preis tendenziell immer gefährlicherer periodischer Abstürze (alle zehn Jahre?) zu haben.

Aber was ist mit Wachstum durch „ökologischen Umbau“? Wäre das nicht das Ei des Kolumbus? Von Sonnenenergie allein könnten Griechenland, Spanien und Portugal nicht reich werden, zumal nicht in Konkurrenz mit Ländern wie Tunesien oder Marokko. Investitionsmöglichkeiten in den durchkapitalisierten „entwickelten“ Ländern gäbe es allerdings in großem Umfang, und Arbeitsplätze vielleicht auch. Aber dafür wären wohl erhebliche öffentliche Vorleistungen nötig, und die privaten Verbraucher müssten davor geschützt werden, die Kosten einer ökologischen Wende in Form höherer Energiepreise aufgebürdet zu bekommen. Beides würde eine aktive Rolle der Politik und erhebliche öffentliche Ausgaben verlangen in einer Zeit staatlicher Überschuldung, internationalen Steuerwettbewerbs und auf Jahrzehnte festgeschriebener Konsolidierungspolitik.

Wolfgang Streeck, 65, Soziologe und Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, analysiert das radikal veränderte Kräfteverhältnis zwischen Märkten und Politik. Demnächst erscheint sein Buch über die Finanzkrise.

Foto: Juergen Bauer